

Alberto Schneebeili
c/o Bildungs-, Kultur- und Sportkommission
Rheinstr. 31
Postfach
4410 Liestal

31.8.2015

Vernehmlassung betr. Pensenerhöhung für Lehrpersonen ab dem Schuljahr 2016/17

Sehr geehrter Herr Schneebeili

Für die Einladung zur Stellungnahme betr. oben genannter Vernehmlassungsvorlage danken wir Ihnen.

Die Grünen-Unabhängigen erkennen, dass den Lehrpersonen (LP) auf der Sekundarstufe 1 im Laufe der Jahre besonders in den Bereichen C (Teamarbeit, Schulentwicklung und Schulverwaltung) und D (Eltern- und Schülerberatung, Klassenlehrer/-innen)¹ immer mehr zusätzliche Arbeit aufgelastet worden ist. Dies sind Arbeitsaufträge, welche ihnen die Schulleitungen resp. der Kanton in den vergangenen Jahren zunehmend anheimgestellt hat. Die Bereiche C und D entwickeln sich so zu einem Fass ohne Boden, wo die LP neben ihrem Kerngeschäft jederzeit noch zusätzliche Arbeiten erledigen sollen. Zeitlich abgrenzbar (wie im Vergleich Schullektionen) sind diese Zeitgefässe jedoch nicht.

Als Ursache für diese Entwicklung sehen die Grünen-Unabhängigen folgende Problematik: Schulleitungen können praktisch nach Belieben LP unter dem Deckmantel der Erfüllung des Berufsauftrages Aufträge erteilen, ohne dass diese sich wirkungsvoll wehren können. Die reale Überschreitung der Jahresarbeitszeit ist kaum eruierbar resp. für die LP nur schwer belegbar. Die Schulleitungen müssen dabei keine wirtschaftlichen Aspekte berücksichtigen, wenn Sie z.B. ein ganzes Kollegium zu einer ganztägigen Sitzung aufbieten, selbst wenn teilweise Schulstunden ausfallen. Eine Kosten-Nutzen-Analyse wird nicht erstellt. Die unerwünschten negativen Folgen, Verschleuderung von personellen Ressourcen, sind deutlich sichtbar.

Dass die LP so über Massen zeitlich überbelastet werden, zeigt sich auch anhand der sogenannten Einfachen Agendaführung (EAF) und der hohen Ausfallrate aufgrund Krankheit, wie z.B. Burnout. Vor allem Letzteres führt für den Kanton zu einer erheblichen Kostensteigerung durch den zunehmend wachsenden Einsatz von Stellvertreter/-innen im Unterrichtswesen.

¹ Verordnung 646.40 über den Berufsauftrag und die Arbeitszeit von Lehrpersonen (§2 Berufsauftrag und Bereiche)
http://bl.clex.ch/frontend/versions/557/download_pdf_file

A. Kernaufgabe wird zur Nebensächlichkeit

Die Kernaufgabe der LP, das eigentliche Unterrichten, verkommt zunehmend zur Nebensächlichkeit. Auch wenn weder die offizielle Politik noch das Amt für Volksschulen (AVS) wahrhaben möchten, dass LP diese signifikante Mehrarbeit in den Bereichen C und D zunehmend in den Bereichen A (Unterrichten) und insbesondere B (Vor- und Nachbereitung des Unterrichts) kompensieren. Dieses moralisch richtige Kompensationsverhalten ist nachvollziehbar und verständlich, weil die reale Mehrarbeit meist weder von der Politik noch der Öffentlichkeit erkannt wird und die Qualität der Arbeitsleistung der LP in den Bereichen A und B kaum kontrolliert werden kann. Insbesondere dann, wenn z.B. eine gesamte Fachschaft einer Sekundarschule einheitlich die Anzahl der arbeitsintensiven Aufsätze pro Klasse auf eins pro Schuljahr reduziert. Gängige Praxis zur Arbeitserleichterung sind z.B. die Reduzierung der Anzahl Prüfungen pro Semester, Verzicht auf regelmässige Hausaufgabenkontrollen, häufige Verwendung von älteren Arbeitsunterlagen, weniger fundiert vorbereitete Unterrichtslektionen usw. Die von den LP gewählten Bereiche können in der Tat nur schwer von der Schulleitung oder den Schulbehörden überprüft und damit bemängelt werden. Dass sich dadurch langfristig ein schleichender Bildungsabbau einstellt, ist bei Pädagogen/-innen unbestritten.

B. Historie

Vor drei Jahren wurde zur Stabilisierung der Kantonsfinanzen die Pflichtstundenzahl der LP für die Schuljahre 2013/14, 2014/15 und 2015/16 temporär um eine Lektion angehoben, auf der Sekundarstufe I auf 27 und auf der Sekundarstufe II (Gymnasien, Berufsmittelschule, Wirtschaftsmittelschule, Kaufmännische Vorbereitungsschule, Schulische Brückenangebote, Berufsfachschule, Vorlehre) um eine Lektion auf 22 bis 26 Lektionen. Die aufwändige Arbeit der Klassenlehrpersonen (KLP) wurde dabei gewürdigt und mit einer Wochenlektion vergütet, so dass sich für diese bezüglich der Anzahl zu unterrichtenden Lektionen keine Änderung ergab. Damals wollte die Bildungsdirektion mit ihrem Vorschlag und das Baselbieter Parlament mit seinem Entscheid bewusst nur die Fachlehrpersonen (FLP) "belasten" und nicht auch die KLP. Auf Antrag der CVP wurde diese zusätzliche Belastung der FLP um eine Lektion nur befristet für drei Jahre eingeführt. Dieses Provisorium soll mit der nun vorgeschlagenen Vorlage definitiv verlängert werden.

C. Ablehnung der Vorlage

Die Grünen-Unabhängigen anerkennen, dass die Mehrarbeit der KLP mit mindestens einer Wochenlektion vergütet wird, obgleich deren Mehraufwand je nach Klassensituation signifikant grösser ist als diese eine Entlastungslektion. Die Grünen-Unabhängigen anerkennen ebenfalls, dass die Staatsfinanzen wieder ins Lot gebracht werden sollen. Auch der Bildungsbereich, in welchem die Grünen-Unabhängigen durchaus ein Sparvolumen erkennen, kann seinen Teil zur Eliminierung des strukturellen Defizites beitragen, ohne dass daraus ein Bildungsabbau resultieren muss.

Bildung ist ein hohes Gut und letztlich der einzige Rohstoff unseres Kantons. Unsere Dienstleistungssektoren, unsere innovativen Firmen und Industrien, die Präzisionsprodukte in die ganze Welt exportieren und damit für unseren Wohlstand in hohem Masse mitverantwortlich sind, benötigen jährlich eine Vielzahl neuer, bestens qualifizierter Arbeitskräfte. Eine starke Schule Baselland ist unabdingbar, um diese notwendige Anzahl fundiert ausgebildeter Schulabgänger/-innen hervorzubringen. Dies kann nur mit motivierten und engagierten Lehrpersonen gelingen.

Nur wenn die Attraktivität des Lehrerberufes hoch, die Entlohnung zeitgemäss und der Verantwortung entsprechend ist, bleiben den Schulen in unserem Kanton die besten Lehrpersonen erhalten. Einer Abwanderung engagierter, fachlich kompetent ausgebildeter Pädagogen/-innen müssen wir frühzeitig entschieden entgegenzutreten. Bereits heute ist eine erhebliche Frustgrenze innerhalb des Lehrpersonals merklich spürbar, dies aufgrund permanenter und teilweise unsinniger und nervenaufreibender Reformen, die, von Theoretikern am Schreibtisch ausgeheckt, eine praxisferne Bildungsideologie anstreben. Dieser

gescheiterten Bildungspolitik der vergangenen Jahre gilt es entgegenzuwirken. Insbesondere sollen Lehrpersonen wieder ausreichend Zeit zur Verfügung haben, um einen modernen, qualitativ hoch stehenden Unterricht zu erteilen.

Die Erhöhung der Pflichtstundenzahl resp. die Verstetigung der temporären Pflichtstundenzahlerhöhung zielt hier in die falsche Richtung und wird die Frustgrenze und Abwanderungsgelüste weiter akzentuieren. Die Grünen-Unabhängigen erachten eine Pflichtstundenzahl von 26 auf der Sekundarstufe I sowie 22 bis 25 auf der Sekundarstufe II für angemessen, wobei KLP mit einer Wochenlektion entlastet werden sollen.

Eine Erhöhung der Pflichtstundenzahl steht für die Grünen-Unabhängigen erst nach einer eingestellten, signifikanten und für die LP deutlich spürbaren Arbeitsentlastung in den Bereichen C, D und E (Weiterbildung) zur Diskussion.

Lehrpersonen sollen neu wieder genügend Zeit erhalten, um ihre Lektionen fundiert vorbereiten und einen qualitativ guten und interessanten Unterricht erteilen zu können. Dies ist ein notwendiger Beitrag, um der Wirtschaft die dringend benötigten, fachlich optimal ausgebildeten Schulabgänger/-innen zuzuführen.

D. Fazit

Die vorliegende Vorlage lehnen die Grünen-Unabhängigen aus den dargelegten Gründen ab.

Für die Berücksichtigung unserer Position danken wir Ihnen. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung (061 313 09 79).

Freundliche Grüsse

Saskia Olsson
Geschäftsleiterin Grüne-Unabhängige